

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr am
Donnerstag, den 05.09.2013 um 17:00 Uhr im Sitzungssaal des Hauses Burgstr. 8.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Horst Enneper

Ausschussmitglieder

Dietmar Danowski

Michael Dummer

Jürgen Fischer

Margot Grüterich

Claus Kanter

Heide Nahrgang

Sabine Plasberg-Keidel

Karl Schmidt

Felix Staratschek

Gerd Uellenberg

Burkhard Wigge

Jürgen Wustmann

bis 19.00 Uhr - Vertr. für R. Kötter

Vertr. für A. Müller

Vertr. für M. Tissarek

Beratende Mitglieder

Bärbel Lippelt

Udo Schäfer

von der Verwaltung

Elisabeth Böhmer

Julia Gottlieb

Jochen Knorz

Frank Nipken

Florian Wichert

Schriftführerin

Silke Henze

es fehlt:

Ausschussmitglieder

Rosemarie Kötter

Arnold Müller

Michael Tissarek

Beratende Mitglieder

Seref Calik

Tagesordnung:**(Öffentlicher Teil)**

1. Niederschrift über die 18. Sitzung des Ausschusses am 06.06.2013
2. Bessere Anbindung von Radevormwald über das ÖPNV-Netz an die Städte Köln und Düsseldorf (Antrag der FDP-Fraktion vom 21.08.2013) AN/0173/2013
3. Integriertes Handlungskonzept Innenstadt hier: Vorstellung des Entwurfes des Gestaltleitfadens und der weiteren Vorgehensweise: Fassadenverbesserungsinitiative sowie Haus- und Hofprogramm BV/0508/2013
4. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes; Ehemaliger Schulstandort Blumenstraße und Umgebung
- 4.1. 46. FNP-Änd.; Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme der Anwohner der Blumenstraße vom 11.03.2013 BV/0509/2013
- 4.2. 46. FNP-Änd.; Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 15.08.2013 BV/0510/2013
- 4.3. 46. FNP-Änd.; Erläuterung der geänderten Plandarstellungen, Beschluss der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 46. Flächennutzungsplanänderung sowie der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (2) bzw. 4 (2) BauGB BV/0511/2013
5. Steuerung von Nebenanlagen gem. § 14 Abs. 1 BauGB in den Wohngebietsbebauungsplänen hier: Vorstellung der Arbeitsergebnisse; Auftragung an die Verwaltung, Änderung von Bebauungsplänen vorzubereiten BV/0512/2013
6. Stadtentwicklung in Radevormwald zwischen den Volkszählungen 1987 und 2011 hier: Bericht der Verwaltung IV/0385/2013
7. Integriertes Stadtentwicklungskonzept Radevormwald hier: Diskussion der Inhalte und der weiteren Vorgehensweise IV/0386/2013
8. Lärmaktionsplanung Radevormwald, Stufe 2 hier: Notwendigkeit der Planaufstellung und weitere Vorgehensweise IV/0387/2013
9. Mitteilungen über erteilte Baugenehmigungen IV/0388/2013

10. Mitteilungen und Fragen

Der Vorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und stellt nach § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt die anwesende Presse und Herrn Niedermeier vom Planungsbüro MWM.

Herr Enneper informiert die Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr, dass der Top 3 vorgezogen werden soll.

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 18. Sitzung des Ausschusses am 06.06.2013

Der Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr nimmt die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 18. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr am 06.06.2013 zur Kenntnis.

2. Bessere Anbindung von Radevormwald über das ÖPNV- AN/0173/2013 Netz an die Städte Köln und Düsseldorf (Antrag der FDP- Fraktion vom 21.08.2013)

Herr Wustmann erläutert den Antrag der FDP-Fraktion.

Herr Knorz ist ebenfalls der Ansicht, dass die Anbindung von Radevormwald nach Köln oder Düsseldorf nicht optimal ist. Er schlägt vor, ein Schreiben an die zuständigen Verkehrsbetriebe aufzusetzen sowie diesbezüglich Kontakt zu den Nachbarstädten Hückeswagen und Remscheid aufzunehmen.

Herr Schmidt begrüßt diesen Vorschlag.

Auch Herr Staratschek befürwortet den Antrag der FDP-Fraktion. Jedoch ist er der Meinung, man sollte gleichzeitig bessere Gebührtarife anbieten. Zudem verweist er auf das bereits mehrfach von ihm erwähnte Ortsbussystem.

Frau Grüterich ist der Meinung, man sollte zunächst mit dem ersten Schritt anfangen, d.h. Herr Knorz sollte Kontakt mit den Verkehrsbetrieben aufnehmen.

Herr Wustmann steht auf dem Standpunkt, dass eine durchgehende Verkehrsverbindung nach Köln und Düsseldorf nur in Zusammenarbeit mit den Nachbarstädten durchzusetzen ist.

Herr Knorz weist darauf hin, dass die Verkehrsbetriebe eigenständige Wirtschaftsunternehmen sind und seitens der Stadt somit nur Anregungen gegeben werden können. Die Entscheidungen treffen letztendlich die Verkehrsbetriebe selber.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr beauftragt die Verwaltung, diesbezüglich Kontakt mit den Nachbarstädten sowie den zuständigen Verkehrsbetrieben aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3. Integriertes Handlungskonzept Innenstadt **BV/0508/2013**
hier: Vorstellung des Entwurfes des Gestaltleitfadens
und der weiteren Vorgehensweise: Fassadenverbesserungsinitiative sowie Haus- und Hofprogramm

Herr Niedermeier stellt den Vorentwurf des Gestaltungsleitfadens sowie seinen Stellenwert im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes Innenstadt vor und berichtet über die geplante weitere Vorgehensweise.

Die Präsentation kann in der Online-Version der Niederschrift als Anlage 1 eingesehen werden.

Herr Schäfer erkundigt sich nach der Dauer und dem Volumen des angestrebten Förderprogramms zur Fassadenverbesserung.

Frau Böhmer führt aus, dass ein Fördervolumen von 30.000 € vorgesehen ist, dass innerhalb der Förderzeiträume des Integrierten Handlungskonzeptes, also maximal bis einschließlich 2018, abgerufen werden kann. 70% dieser 30.000 € werden vom Land NRW übernommen.

Herr Schmidt stellt fest, dass die gezeigten Negativ-Beispiele nicht aus Radevormwald sind.

Dieses wurde, laut Frau Böhmer, absichtlich so gehandhabt, um keinen Eigentümer oder Händler zu brüskieren.

Herr Staratschek erkundigt sich nach den 63.000 €, die in der Vorlage als finanzielle Auswirkung des Beschlusses aufgeführt werden. Er möchte wissen, wofür diese eingesetzt werden. Zudem ist er der Meinung, das Aus- und Hofprogramm sollte zunächst zurückgestellt werden.

Frau Böhmer erläutert die Zahlen. Sie erklärt, dass 30.000 € für das Kommunale Haus- und Hofprogramm vorgesehen sind. 21.000 € werden für die Fassadenverbesserungsinitiative und 12.000 € für den Gestaltungsleitfaden eingesetzt. Herr Nipken bestätigt, dass die Mittel im Haushalt bereitgestellt werden können.

Herr Staratschek äußert Bedenken gegen die Formulierung des Beschlussentwurfes, er hält den Begriff der „zustimmenden Kenntnisnahme“ für sprachlich unkorrekt. Aus den Reihen des Ausschusses wird zudem angeführt, dass der Gestaltleitfaden noch nicht fertig gestellt ist und daher (noch nicht) abschließend zur Kenntnis genommen werden kann.

Frau Böhmer legt dar, dass es allein Intention des Beschlussentwurfes war, die grundsätzliche Zustimmung des Ausschusses zu den hier vorgestellten Inhalten und Vorgehensweisen zu erhalten. Sie schlägt daher vor, das Wort „zustimmend“ aus dem Beschluss zu streichen und das Wort Entwurf durch Vorentwurf zu ersetzen.

Weiter geht Sie, wie in der letzten Sitzung dieses Fachausschusses zugesichert, auf den Antrag der FDP-Fraktion vom 07.05.2013 zur Änderung der Werbeleitsatzung ein. Sie macht noch einmal deutlich, dass es sich bei der Werbeleitsatzung um ein „Ortsgesetz“ handelt, während die bislang diskutierten Instrumente zur Stadtbildpflege dem Initiieren/ Anstoßen von Veränderungen dienen.

Die inhaltlichen Änderungswünsche des FDP- Antrages zur Zulässigkeit/ Farbwahl von Markisen bzw. Glasdächern werden nicht in der Werbeleitsatzung geregelt, sondern unterliegen dem Genehmigungsvorbehalt der Denkmalbereichssatzung. Die Änderungswünsche bezüg

lich der Beklebung der Fensterfläche (Erhöhung von 20 auf 30 %) sowie der Zulässigkeit von Farben für Werbeanlagen (auch ausgewählte Rot- und Grüntöne - siehe FDP-Antrag - sollen erlaubt werden) sollten überprüft werden.

Frau Böhmer sagt zu, in der nächsten Sitzung des Ausschusses einen Entwurf für eine Änderung der Werbeleitsatzung vorzustellen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr nimmt den Vorentwurf des Gestaltleitfadens zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die Fassadenverbesserungsinitiative und das kommunale Haus- und Hofprogramm zu konkretisieren.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

4. 46. Änderung des Flächennutzungsplanes; Ehemaliger Schulstandort Blumenstraße und Umgebung

4.1. 46. FNP-Änd.; Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme der Anwohner der Blumenstraße vom 11.03.2013 BV/0509/2013

Frau Böhmer erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Frau Grüterich möchte wissen, ob auch nach der Änderung des Flächennutzungsplanes die Eigentümer der Blumenstraße ihre großen Gärten behalten können.

Dieses bestätigt Frau Gottlieb. Baurecht für den hinteren Gartenbereich könnte nur durch einen Bebauungsplan ermöglicht werden.

Herr Wustmann möchte wissen, ob die Eigentümer ihre Grundstücke teilen könnten, um somit den hinteren Teil bebauen zu können.

Frau Gottlieb verneint dieses und betont nochmals, dass auch mit der neuen Darstellung im Flächennutzungsplan kein Baurecht geschaffen wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt den in der als S1 bezeichneten Stellungnahme formulierten Anregungen hinsichtlich der Flächenutzungsplandarstellung nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen 12 (5xCDU, 3xSPD, 2xFDP, 2xUWG)
Nein-Stimmen 1 (AL)

4.2. 46. FNP-Änd.; Bericht über die frühzeitige Unterrichtung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (1) BauGB, Abwägung und Beschluss über die Stellungnahme des Landrates des Oberbergischen Kreises vom 15.08.2013 **BV/0510/2013**

Frau Böhmer erläutert die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Frau Grüterich möchte wissen, ob auch nach der Änderung des Flächennutzungsplanes die Eigentümer der Blumenstraße ihre großen Gärten behalten können.

Dieses bestätigt Frau Gottlieb. Baurecht für den hinteren Gartenbereich könnte nur durch einen Bebauungsplan ermöglicht werden.

Herr Wustmann möchte wissen, ob die Eigentümer ihre Grundstücke teilen könnten, um somit den hinteren Teil bebauen zu können.

Frau Gottlieb verneint dieses und betont nochmals, dass auch mit der neuen Darstellung im Flächennutzungsplan kein Baurecht geschaffen wird.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Radevormwald beschließt der Anregung des Landrates des Oberbergischen Kreises zu folgen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

4.3. 46. FNP-Änd.; Erläuterung der geänderten Plandarstellungen, Beschluss der öffentlichen Auslegung des Entwurfes der 46. Flächennutzungsplanänderung sowie der Einholung der Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (2) bzw. 4 (2) BauGB **BV/0511/2013**

Frau Böhmer erklärt die geänderten Plandarstellungen und stellt fest, dass nunmehr die öffentliche Auslegung des Entwurfes sowie die Einholung der Stellungnahmen erfolgen kann.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr beschließt den Entwurf der 46. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ehemaliger Schulstandort Blumenstraße und Umgebung - gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen 12 (5xCDU, 3xSPD, 2xFDP, 2xUWG)
Nein-Stimmen 1 (AL)

**5. Steuerung von Nebenanlagen gem. § 14 Abs. 1 BauGB in BV/0512/2013
den Wohngebietsbebauungsplänen
hier: Vorstellung der Arbeitsergebnisse; Auftragung an
die Verwaltung, Änderung von Bebauungsplänen vorzu-
bereiten**

Frau Böhmer erläutert die Verwaltungsvorlage ausführlich. Die hier vorgeschlagene Änderung von Bebauungsplänen erleichtere die (planungsrechtliche) Zulässigkeit von Nebenanlagen außerhalb der Vorgartenbereiche, dennoch ist auch das Bauordnungsrecht zu beachten. Festgehalten werden muss, dass auch künftig nicht alle von den Bauherren gewünschten Nebenanlagen (insbesondere zum Aufenthalt bestimmte Gartenlauben, Partyhütten/ viele Nebenanlagen an der Grundstücksgrenze) genehmigungsfähig sein werden.

Herr Schmidt möchte wissen, wie mit den sogenannten „groben Verstößen“ umgegangen wird.

Hierzu erklärt Frau Gottlieb, dass für die Verwaltung die Überwachung der Legalität von Nebenanlagen aus personellen Kapazitätsgründen nicht die höchste Priorität hat. Illegale Bauten oder Veränderungen fallen meist erst durch Nachbarschaftsanzeigen, bei Eigentümerwechsel oder bei Bauanfragen/Bauanträgen auf.

Herr Dummer möchte wissen, ob eine Änderung der Bebauungspläne eine Verbesserung für die Eigentümer der betroffenen Grundstücke sei.

Nach Änderung der Bebauungspläne, so Frau Gottlieb, könnten Nebenanlagen teilweise legalisiert werden. Sie betont jedoch, dass man die Bauordnung nicht außer Acht lassen darf. Es kann natürlich vorkommen, dass auch ein Abriss verfügt werden muss.

Herr Wustmann möchte wissen, ob es in Einzelfällen auch Befreiungen von den Vorgaben der Bebauungspläne geben wird.

Frau Gottlieb erklärt, dass dieses einzelfallbezogen lediglich bei Vorliegen der Befreiungstatbestände möglich ist.

Herr Staratschek ist der Meinung, der Fokus sollte auf Verbesserungen gelegt werden. Er steht auf dem Standpunkt, dass z.B. Wintergärten an der Südseite generell zugelassen werden sollten. Auch ein Fahrradschuppen sollte auf der Straßenzugewandten Seite des Gebäudes zugelassen werden.

Frau Böhmer betont, dass ein Wintergarten keine Nebenanlage darstellt und somit diese Thematik nicht Bestandteil der vorgesehenen Änderungen der aufgeführten Bebauungspläne ist.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr beauftragt die Verwaltung in einem ersten Arbeitsschritt die Änderung der Bebauungspläne Nr. 51, 50 und 31 sowie in einem zweiten Arbeitsschritt die der Bebauungspläne Nr. 29, Nr. 22 und Nr. 49 mit der beschriebenen Zielsetzung vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

6. Stadtentwicklung in Radevormwald zwischen den Volkszählungen 1987 und 2011 IV/0385/2013
hier: Bericht der Verwaltung

Herr Wichert berichtet über die Stadtentwicklung in Radevormwald zwischen den Volkszählungen.

Herr Wustmann fragt an, ob der Vortrag nach der Ausschusssitzung zur Verfügung gestellt werden kann.

Die entsprechenden Dateien können in der Online-Version der Niederschrift als Anlage 3 eingesehen werden.

Herr Staratschek führt aus, dass man sich aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Zahl der Geburten und rückläufigen Einwohnerzahl auf eine generelle Schrumpfung der Einwohnerzahl einstellen sollte. Als Folge dessen sollte die Förderung der Familien in der gesamtstädtischen Politik verstärkt werden.

Herr Wigge mahnt an, aus den ähnlichen Entwicklungen der vorgestellten Vergleichsstädte keine allgemeingültigen, unveränderbaren Trends abzuleiten. Stattdessen fragt er nach den Schlussfolgerungen, die man aus den vorgestellten Entwicklungen ziehen kann.

Frau Böhmer verweist darauf, dass es sich bei dem Vortrag nur um einen ersten Bericht zur Veranschaulichung der Problematik handeln würde. Für etwaige Schlüsse leitet sie auf den nachfolgenden Tagesordnungspunkt zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept über.

7. Integriertes Stadtentwicklungskonzept Radevormwald IV/0386/2013
hier: Diskussion der Inhalte und der weiteren Vorgehensweise

Frau Böhmer präsentiert die Inhalte, Zwecke und einen möglichen Ablauf des Planungsprozesses für die Erarbeitung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes.

Herr Staratschek erkundigt sich nach dem Themenbereich „Sozialraumplanung“.

Dazu führt Frau Böhmer aus, dass Aspekte der Sozialraumplanung im Rahmen der unterschiedlichen sektoralen Planungen mit in das integrierte Stadtentwicklungskonzept einfließen. Zu dem Thema Jugendhilfeplanung beispielsweise gibt es eine Beauftragung durch den Fachbereich Jugend und Bildung, die Vorstellung erster Arbeitsergebnisse erfolgt am 10. Oktober im Jugendhilfeausschuss.

Herr Wustmann findet sowohl die geplanten Inhalte als auch die Vorgehensweise sehr sinnvoll, wünscht jedoch im Zuge der Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes intensiv beteiligt bzw. auch über Zwischenstände informiert zu werden. Hierzu kann sich die FDP-Fraktion einen eigens einzurichtenden – einhergehend mit der neuen Legislaturperiode - Zukunftsausschuss vorstellen.

Frau Gottlieb schlägt vor, dass sich die Fraktionen untereinander besprechen und abstimmen sollten, in welcher Form sie sich ihre Beteiligung am Erarbeitungsprozess vorstellen könnten. Neben einer regelmäßigen Beratung in diesem Fachausschuss (ggf. mit Sondersitzungen) ist auch ein Engagement der Fraktionen in der „Projektgruppe Stadtentwicklung“ denkbar.

Es gibt einen breiten Konsens der Sitzungsmitglieder, mit der Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes in nächsten Legislaturperiode beginnen.

Bezüglich der weiteren Vorgehensweise schlägt die Verwaltung vor, Angebote von ca. vier Planungsbüros einzuholen sowie eine Vorauswahl zu treffen. Im Frühjahr 2014 sollten die zwei geeignetesten Büros im Ausschuss ihre Konzepte zu den Inhalten und dem Prozessablauf vorstellen.

Dies wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

8. Lärmaktionsplanung Radevormwald, Stufe 2 hier: Notwendigkeit der Planaufstellung und weitere Vorgehensweise IV/0387/2013

Frau Böhmer erläutert die Notwendigkeit der Planaufstellung im Rahmen der Lärmaktionsplanung Stufe 2. Hierbei handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe. Die Verwaltung wird zur kommenden Ausschusssitzung einen Entwurf vorstellen, mit dem die notwendige Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt werden soll.

Dies wird einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

9. Mitteilungen über erteilte Baugenehmigungen IV/0388/2013

Der Ausschuss für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr nimmt die erteilten Baugenehmigungen vom 22.05.2013 bis zum 14.08.2013 zur Kenntnis.

Baugrundstück	Bauvorhaben	Planungsrechtliche Beurteilung
Kaiserstr. 143a	Nutzungsänderung in Imbiss nach Brunchart BS 48/13 vom 28.05.2013	§ 34
Feldstr. 45	Anbau an 2-Familienhaus; 2. Gaube BS 64/12 vom 03.06.2013	§ 34
Uelfe-Wuppertal-Str. 43	Nutzungsänderung 2 Wohneinheiten in 1 Wohneinheit im Erdgeschoss BS 128/12 vom 03.06.2013	§ 34
Siepen 2	Nutzungsänderung und Änderung Dachgeschoss; Änderung Obergeschoss BS 02/10 vom 06.06.2013	§ 35
Remlingrade 1	Überdachung Pferdebewegungsplatz und Tribüne BS 103/05 vom 10.06.2013	§ 35
Hulverscheidt 1b	Grundrissänderungen BS 87/09 vom 21.06.2013	§ 35
Herbecker Str. 48	Verlängerung der Dachgaube BS 170/12 vom 21.06.2013	§ 34
Jakobsholt 2	Errichtung Remise BS 37/11 vom 21.06.2013	§ 35
Heide 7a	Errichtung Stützmauer BS 40/13 vom 21.06.2013	§ 34

Heidt 1	Brandschutzänderung BS 64/11 vom 21.06.2013	§ 35
Remlingrade 8	Nutzungsänderung Reithalle in Versammlungsstätte vom 28.-30.06.2013 BS 69/13 vom 24.06.2013	§ 35
Wilhelmstal 14	Errichtung von 2 Balkonen BS 38/13 vom 24.06.2013	§ 34
Kölner Str. 27	Errichtung Anbau BS 43/13 vom 24.06.2013	§ 34
Raderstr. 1	Änderung des Treppenlaufs (Außentreppe) BS 144/11 vom 24.06.2013	§ 35
Am Graben 2-6	Nutzungsänderung im 3. Obergeschoss Hauptgebäude Wülfing in ein Büro (Nr. 4) BS 38/12 vom 18.07.2013	§ 34
Wasserturmstr. 1	Dachsanierung, Dachterrasse BS 57/13 vom 10.06.2013	§ 35
Studberg 4	Nutzungsänderung Stall in Büro BS 121/08 vom 29.07.2013	§ 35
Elberfelder Str. 40	Errichtung Geräteschuppen BS 54/13 vom 05.08.2013	§ 34
Kaiserstr. 160	Nutzungsänderung Laden Nr. 2 (Textilien) in HNO-Praxis (Erdgeschoss) BS 04/13 vom 08.08.2013	§ 34
Sieplenbusch 1	Verschiebung Feuerwehrendeplatz BS 180/11 vom 12.08.2013	§ 35

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen.

10. Mitteilungen und Fragen

Frau Gottlieb berichtet über den Abschluss des „Ab in die Mitte“ Jahres 2013. Dieses soll unter dem Motto „Ab in den Park“ am 14.09.2013 – dem vom Ministerium vorgegebenen NRW-weiten Innenstadttag der Gewinnerstädte - von 15.00 bis 18.00 Uhr im Parc de Châteaubriant mit verschiedenen Aktionen wie z.B. Livemusik, Kaffee und Pflaumenkuchen, Kinderaktionen und vieles mehr gefeiert werden. Sie lädt alle Mitglieder des Ausschusses hierzu herzlich ein.

Frau Gottlieb weist auf zwei neue Flyer hin. Diese nennen sich „Feierabendrunden“ und erklären kurze Wanderrouten, die zum einen durch das Wiebachtal sowie zum anderen durch das Tal der Uelfe führen.

Die Flyer wurden von Frau Schwanke im Rahmen des Förderprojektes „Ab in die Mitte 2013“ ausgearbeitet und können bei der Verwaltung abgeholt werden.

Herr Knorz berichtet über die Schutzplanke, die zwischen der unteren Zufahrt nach Honsberg und der Einmündung L 412 errichtet werden sollte. Der Landesbetrieb NRW teilte der Verwaltung mit, dass in dieser Woche der Auftrag an eine Fremdfirma vergeben wurde.

Herr Knorz informiert die Mitglieder des Ausschusses darüber, dass der Landesbetrieb Straßen NRW derzeit mit der Planung des Kreisverkehrs Grüne begonnen hat.

Herr Wustmann bittet die Verwaltung, die Verkehrsinseln im Bereich der westlichen Ortszufahrt aus Richtung Remscheid zu mähen.

Herr Knorz sagt zu, dieses an den Landesbetrieb Straßen NRW als zuständigen Straßenbaulastträger weiterzuleiten.

Herr Schmidt berichtet, dass nun endlich die Verbindungsstraße zwischen dem ehemaligen Raybestos-Gelände und der Feldstraße von dem Investor fertig gestellt wurde. Er erkundigt sich nach der hier geplanten Verkehrsregelung.

Da Herr Knorz die Fertigstellung noch nicht begutachten konnte, kann er hierzu noch keine Aussage machen. Er sagt zu, dieses in Kürze zu tun.

Herr Enneper fordert eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h auf der Dietrich-Bonhoeffer-Str. in Höhe des neuen AWO-Kindergartens.

Die Verwaltung wird dieses Anliegen überprüfen.

Horst Enneper
Vorsitzender

Silke Henze
Schriftführer

Ende der Sitzung: 19.30 Uhr